

Jedoch: **Jüdinnen und Juden müssen sich sicher fühlen können**; Beleidigungen und Anfeindungen verbieten sich und dürfen nicht geduldet werden. Ebenso muss Schluss sein mit der **willkürlichen Unterdrückung der Proteste** gegen die israelische Regierung seitens deutscher Behörden.

Aus der historischen Verantwortung Deutschlands für das einzigartige Menschheitsverbrechen der Shoah ergibt sich die Verpflichtung, sich **für Menschenrechte und das Völkerrecht einzusetzen, wo immer und von wem immer sie missachtet werden.**

Als nächste Schritte ist es daher zwingend erforderlich, dass auch die **deutsche Regierung** sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln einsetzt für

- ▶ **sofortigen Waffenstillstand**
- ▶ **die Freilassung der Geiseln und Gefangenen**
- ▶ **die Einhaltung der UN-Resolutionen und der Beschlüsse des Internationalen Gerichtshofs durch Israel**
- ▶ **Stopp der Waffenlieferungen an Israel**

Und für alle – für Politik, für Behörden, für jeden einzelnen **gilt als absolute Verpflichtung:**

- ▶ **Keine Diskriminierung von Palästinenserinnen und Palästinensern, von Jüdinnen und Juden**

Die Attac-Regionalgruppe trifft sich

[.....]
[.....]
[.....]

V.i.S.d.P.: Attac-Regionalgruppe [.....]



Attac

[Regional-
gruppe]

Juli 2024

N a h o s t

Schalom, Salam, Frieden!

GLEICHES Recht auf Leben in Würde und Freiheit

„Das Leben aller, die mit Israel und Palästina verbunden sind, wird seit dem 7. Oktober 2023 nicht mehr dasselbe sein. Zehntausende von Menschenleben wurden ausgelöscht, Familien auseinandergerissen, Kinder traumatisiert. [...] Und wie jedes Jahr müssen wir ein Ende der Gewalt fordern und eine politische Lösung verlangen, die Freiheit, Gerechtigkeit und Sicherheit für alle bringt. [...] Wir müssen uns mehr denn je in unserer Trauer vereinen und die Hoffnung nicht aufgeben, dass ein anderer Weg als Besetzung, Unterdrückung und Konflikte nicht nur möglich, sondern zwingend notwendig ist.“

(Aufruf von Combatants for Peace und Parents Circle-Families Forum für die größte israelisch-palästinensische, gemeinsam organisierte Friedensveranstaltung - <https://cfpeace.org>)

Die Antwort der israelischen Regierung auf das Massaker vom 7. Oktober war gezieltes Abschneiden der Bevölkerung in Gaza

von Strom-, Wasser- und Lebensmittelversorgung. Inzwischen sind schon über 40 000 Menschen durch die israelischen Militäraktionen getötet worden – 40 Prozent davon Kinder und Jugendliche, 25 Prozent Frauen. Einrichtungen der Gesundheitsversorgung und des Bildungswesens wurden größtenteils vernichtet, ebenso wie über 70 Prozent der Wohnhäuser und 40 Prozent der Anbauflächen für Nahrungsmittel (*Quelle: forensic-architecture.org*). - **Ist das noch „Selbstverteidigung“?**

Unmittelbar, nachdem der **Internationale Gerichtshof** in Den Haag in der Klage Südafrikas entschieden hatte, es sei **nicht auszuschließen, dass Israel in Gaza Handlungen des Völkermords begehe und dass Israel Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung ergreifen müsse**, bezichtigte die Netanjahu-Regierung UNRWA, das UN-Hilfswerk für die palästinensische Bevölkerung in Gaza, mit den Hamas-Terroristen in Verbindung zu stehen.

Obwohl die Vorwürfe unbewiesen waren und blieben, stellten wichtige Geberländer die Finanzierung dieser wichtigsten humanitären Organisation für den Gazastreifen monatelang ein. So kam zu den Bombardierungen, dem Zusammenbruch der Gesundheitsversorgung, dem Wassermangel und der Zunahme von Epidemien eine **absichtlich erzeugte Hungersnot** hinzu.

Erst Ende Juni hat die deutsche Regierung angekündigt, die Zahlungen an das UN-Flüchtlingshilfswerk wieder aufzunehmen.

Das, was derzeit im Nahen Osten geschieht, ist auch die **Hinterlassenschaft der Neuaufteilung der Region durch die Sieger- und Kolonialmächte** nach dem Ersten Weltkrieg. Großbritannien hinterließ in Palästina 1947 einen politischen Trümmerhaufen. Nach dem Zweiten Weltkrieg engagierten sich

die USA zunehmend in der Region und haben ebenfalls viel zu den späteren Zerstörungen der Gesellschaften in Jemen, in Irak und in vielen anderen Teilen des Nahen Ostens beigetragen.

Mit der Gründung des Staates Israel 1948 begannen für die palästinensische Bevölkerung 76 Jahre der Vertreibung und Entrechtung, 56 Jahre Besetzung und 16 Jahre Blockade des Gazastreifens.

Die extreme Gewalt der israelischen Regierung gegen das palästinensische Volk führt dazu, dass **Israel heute weltweit isolierter und gefährdeter ist als je zuvor** und darüber hinaus **Jüdinnen und Juden in aller Welt schadet**.

Vor kurzem hat der **Internationale Gerichtshof** die andauernde **Besetzung des Westjordanlandes als klar völkerrechtswidrig** erklärt und Israel aufgefordert, die besetzten Gebiete zu verlassen. **Kein UN-Mitgliedsstaat dürfe Israel bei der Aufrechterhaltung der Besatzung helfen** und dürfe auch keine Handels- und Investitionsbeziehungen eingehen, die der Aufrechterhaltung der Besatzung dienen.

Die **bedingungslose Unterstützung Israels durch die Regierungen der USA und auch Deutschlands** ermuntert jedoch die israelische Regierung geradezu, Unterdrückung, Enteignung und Vernichtung der Palästinenser **fortzusetzen**.

Israel bezieht laut dem Friedensforschungsinstitut SIPRI einen **wesentlichen Teil seiner Waffen aus Deutschland: 30 Prozent**. 69 Prozent liefern die USA - immer noch.

Internationaler Schutz der palästinensischen Bevölkerung ist dringend geboten. Europa muss sich dafür stark machen und alle verfügbaren Druckmittel nutzen.